

Quo vadis, Kambodscha?

von Dirk Beusch

Die Vorbereitungen für die kambodschanischen Wahlen am 26. Juli 1998 laufen auf Hochtouren. Nach anfänglichen Zweifeln (vgl. auch den Artikel »Kambodscha: Gescheiterte Demokratisierung oder Neuanfang?« in südostasien 1/98) werden seit dem 18. Mai die Wähler registriert. Hun Sen und die CPP sind allerdings immer noch in der Lage, die Vorbereitungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Wohin wird sich Kambodscha in den nächsten Monaten bewegen?

1. Die Ausgangssituation vor den Wahlen

Nach wie vor und trotz aller gegenteiligen Versicherungen hat die CPP Hun Sens die Fäden der Macht fest in der Hand. Die Registrierung der ca. 6 Millionen Wahlberechtigten hat zwar begonnen und Hun Sen macht sich öffentlich dafür stark, daß jede Beeinflussung der Wähler berichtet werden soll. Tatsächlich aber wird z.B. der Zugang zu den Medien, einem wichtigen Instrument des Wahlkampfes, für die Oppositionsparteien restriktiv gehandhabt. Die Beamten, die die Wahlen auf der lokalen Ebene durchführen sollen, sind von der Regierung ausgesucht. Es wird befürchtet, daß sie im Sinne der Regierung handeln werden. Die Regierung Hun Sen tut sehr wenig für die Bekanntmachung der Wahlen sowie der Wahllokale. Im Land finden sich kaum Hinweise oder Plakate auf die Wahl; einige Wähler wissen nicht einmal, daß die Wahl überhaupt stattfinden soll.

Der Registrierungsprozeß, durchgeführt an 1700 mobilen Registrierungscentren, soll am 15. Juni 1998 abgeschlossen sein. Eines der größten Probleme dabei ist die Wählererfassung. Jeder Kambodschaner, der sich registrieren lassen will, aber keinen Ausweis besitzt, der entweder von der UNO oder von kambodschanischen Behörden ausgestellt wurde, kann sich vom jeweiligen

Dorfältesten bestätigen lassen. Es wird befürchtet, daß diese Vorgehensweise zu Mißbrauch führt, indem Leute versuchen, sich in so vielen Wahlkreisen wie möglich registrieren zu lassen. Die mehrfache Abgabe der Stimme würde zu einer möglicherweise nicht unerheblichen Verfälschung des Wahlergebnisses führen. Aus dem Lager der Opposition kommen immer häufiger Stimmen, daß die Wahlvorbereitungen zugunsten der de facto regierenden CPP gesteuert werden. Wähler, die sich registrieren lassen wollen, werden offenbar unter Druck gesetzt, die CPP zu unterstützen. Diese Meldungen werden von offiziellen Stellen der UNO bestätigt. Dazu kommt, daß die CPP eine deutliche Präsenz an den Registrierungsstationen zeigt, wobei einige dieser Stationen in privaten Häusern oder Militärcamps untergebracht sind.

König Norodom Sihanouk hat kürzlich den Verfassungsrat konstituiert. Auch dieses höchste Verfassungsgremium Kambodschas gibt Anlaß zu Beschwerden seitens der Opposition. Das Verfahren zur Etablierung sieht vor, daß von den neun Mitgliedern je drei von Sihanouk selbst, drei aus der Nationalversammlung heraus und drei vom Obersten Magistratsrat ernannt werden. Die sechs Mitglieder aus der Nationalversammlung und dem Magistrat werden von der Opposition nicht anerkannt. Ihnen wird vorgeworfen, Gefolgsleute der Regierung zu sein.

Der Verfassungsrat ist von fundamentaler Wichtigkeit in der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen, da er als einzige Körper-

schaft das Mandat zur Rechts- und Verfassungsinterpretation besitzt. Ebenfalls sieht die Verfassung vor, daß der Rat in Streitigkeiten um das Wahlrecht eingreifen kann. Eine mehrheitliche Ausrichtung der Mitglieder auf die Regierungspartei würde dieser Vorteile in solchen Fällen verschaffen. Tatsächlich wurde die Verhandlung zur Ernennung der drei Magistratsmitglieder vom amtierenden Justizminister Sok An geführt, der damit den Einfluß der Regierung sicherstellte.

Weitere Probleme ergeben sich aus der Frage der Einbindung der Militärkräfte der FUNCINPEC in die regulären Streitkräfte. Kambodschanisches Recht verbietet den Unterhalt von bewaffneten Truppen oder die Kontrolle autonomer Gebiete. Hier verhandeln Ranariddh und Hun Sen, denn Ranariddhs Truppen kontrollieren Gebiete im Norden Kambodschas, wo sie sich häufig Gefechte mit Regierungseinheiten liefern. Daß ehemalige Einheiten der Roten Khmer unter der Führung Ieng Sarys ebensolche Gebiete im Nordwesten kontrollieren, scheint Hun Sen im Moment nicht zu stören. Dazu ist er zu sehr damit beschäftigt, den ehemaligen Erzfeind einzubinden.

Die Unregelmäßigkeiten bei der Registrierung der Wähler und bei der sonstigen Wahlvorbereitung werden von einer sich abzeichnenden Teilung der Opposition begleitet. Sam Rainsy, Oppositionspartner von Norodom Ranariddh, wirft diesem vor, eine Zahlung von 2 Millionen US-Dollar aus den Händen Hun Sens entgegengenommen zu haben. Bis heute

Der Autor ist Diplom-Politologe und arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag.

haben sich Ranariddh und Hun Sen nicht persönlich getroffen, nachdem Hun Sen den Prinzen als Ersten Premierminister im Juli 1997 gestürzt hatte. Inzwischen wurde ein Telefongespräch zwischen beiden bekannt, um einen Parlamentsboykott der Opposition beizulegen. Ranariddh sagte, er werde als FUNCINPEC-Präsident zurücktreten, wenn bewiesen werden könne, daß er tatsächlich diese Zahlung entgegengenommen habe.

Im Zusammenhang mit diesen Vorwürfen werden Gerüchte laut, denen zufolge Ranariddh und Hun Sen eine erneute Koalition nach den Wahlen planen. In dieser Konstellation würde die Partei Sam Rainsys, KNP (Khmer Nation Party oder neuerdings »Sam Rainsy-Partei«), bei einer Neubildung der Regierung außen vor bleiben. Die häufigen Drohungen der Opposition, die Wahlen zu boykottieren bzw. eine Terminverschiebung zu verlangen, erscheinen vor diesem Hintergrund etwas zahnlos.

2. Machtwechsel oder altes Spiel?

Hun Sen spielt mit dem Zeitfaktor. Er hat nach wie vor die nötigen Strukturen in Regierung, Verwaltung und Militär auf seiner Seite. Die Opposition wird, wenn sie die Chance auf Sitze im Parlament behalten will, dieses Spiel mitspielen müssen. Deshalb wird jede Verschiebung des Wahltermins von Hun Sen kategorisch abgelehnt. Jede Verschiebung würde der Opposition Zeit geben, ihre Kräfte zu formieren und ihre Ausgangsposition zu verbessern. Daran kann Hun Sen nicht gelegen sein.

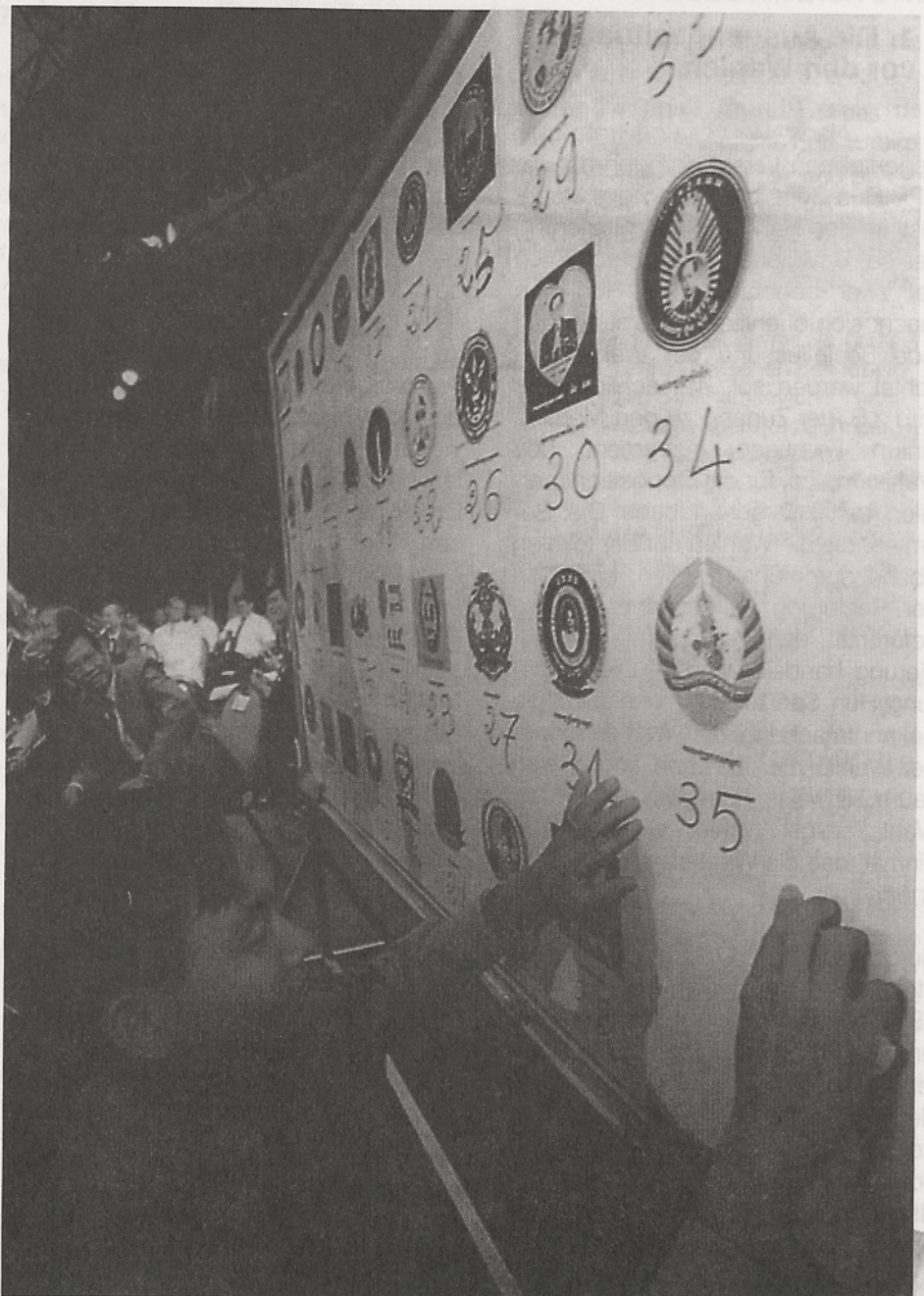
Einer kürzlichen Umfrage¹ zufolge genießt seine Partei zwar im Moment den größten Zuspruch, doch kann er sich nicht darauf verlassen. 63,4 Prozent der Befragten dieser Umfrage, also die große Mehrheit, äußerten überhaupt keine Präferenzen. Geht man davon aus, daß CPP-Wähler keine Angst haben müßten, ihre Meinung zu äußern, so könnte man den Schluß ziehen, daß diese schweigende Mehrheit der Opposition zugeneigt ist. Gelingt es darüber hinaus, wie vorgesehen, 80 Prozent der Wahlberechtigten zu registrieren, so könnte der Opposition ein Wahlsieg bevorstehen, der vielleicht noch deutlicher ausfällt als 1993.

Damit ergeben sich zwei Szenarien.

Hun Sen kann seine Position behaupten und die Wahlvorbereitungen weiter in seinem Sinne manipulieren. Er hat die nötigen Kräfte dazu unter seiner Kontrolle. Die vielfach berichteten Einschüchterungen von Wählern beim gegenwärtigen Registrierungsprozeß sowie der restriktive Umgang mit Medienzugängen für die Oppositionsparteien weisen in diese Richtung. Ihm könnte es gelingen, auf diese Weise die Mehrheit der Sitze im Parlament zu erringen und würde damit seine jetzige Position bestätigen. Auch alle Auseinandersetzungen mit der Opposition um

Modalitäten der Stimmenauszählung erscheinen hier als vergebliche Gefechte der Oppositionsparteien. Hun Sen will die Auszählung der Stimmen auf Dorfebene, dort, wo sie abgegeben werden, durchführen lassen. Das würde seinen Gewährsleuten unzählige Möglichkeiten zur Einflußnahme bieten. Bisher konnte die Opposition hier nichts unternehmen, um die Auszählung auf Distrikt- oder sogar Provinzebene durchführen zu lassen. Aber Hun Sen wird es nicht gelingen, eine sichere Mehrheit zustande zu bringen, so daß er, wie er auch schon andeutete, sich auf eine Koalition unter seiner Führung vorbereitet.

Die internationale Gemeinschaft könnte mit diesem Wahler-



Zeichen der Zeit: Ein Wahlmitarbeiter befestigt das Logo der CPP an Position 35 bei einer Zufallsziehung für die Platzierung der Parteien bei den Wahlen vom 26. Juli. FUNCINPEC übriges nimmt Position 34 ein.

gebnis leben. Weder die USA noch die Europäische Union haben weitreichende Bedingungen an die Regierung für ihre Wahlunterstützung gebunden. Der vakante Sitz in der UNO könnte nach der Wahl schnell wieder besetzt werden. Letztlich würde auch die ASEAN eine Wahlsieger Hun Sen akzeptieren, wenn es ihm nur einigermaßen gelingt, Ruhe einkehren zu lassen. Der Aufnahme Kambodschas in die Staatengemeinschaft, die damit alle 10 Staaten Südostasiens als Mitglieder hätte, stünde nichts mehr im Wege.

Das zweite Szenario geht von der oben erwähnten schweigenden Mehrheit aus, die sich am Tag der Wahl für die Oppositionsparteien entscheidet. Voraussetzung ist, daß die Einschüchterungen durch die CPP und ihre Leute nicht überhand nehmen und Ranariddh es gelingt, seinen Bonus als Mitglied der Königsfamilie auszuspielen. Eine absolute Mehrheit der Oppositionsparteien ist eher unwahrscheinlich, so daß Ranariddh auf Kompromisse angewiesen sein wird und die alte Koalition unter Ranariddhs Führung wieder ins Amt kommt. Eine ausgeglichene Machtbalance ist die schwierigste Aufgabe dieser Konstellation.


Letztlich hat Ranariddh die größere Unterstützung des Westens, was im Falle seines Wahlsieges eine rasche Stabilisierung des Landes zur Folge hätte. Denn nur mit dieser Unterstützung kann es der FUNCINPEC und den anderen Oppositionsparteien gelingen, den Staatsapparat auch nur halbwegs unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die momentan zu beobachtende Gleichgültigkeit der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber den Problemen Kambodschas stimmt hier eher skeptisch.

Bei beiden Szenarien spielen die Roten Khmer keine Rolle mehr. Sie sind als zu beachtender Faktor der kambodschanischen Politik ausgefallen. Die Integration von Teilen ihrer Streitkräfte in die reguläre Armee ist relativ problemlos vonstatten gegangen. Nach dem Tode Pol Pots am 15. April 1998 sind die Auflösungserscheinungen so rapide vor sich gegangen, daß man von einer Rückkehr in die politische Arena nicht ausgehen kann. Die noch von ihnen kontrollierten Gebiete befinden sich kurz vor dem Kollaps. Nun geht es nur noch darum, ob man die noch leben-

den Beteiligten am Genozid der 70er-Jahre international zur Verantwortung zieht oder nicht.

Die wirtschaftliche Lage Kambodschas hat sich im letzten Jahr leicht verbessert. Kambodschas internationaler Handel ist um 19 Prozent gegenüber 1996 gewachsen. Der Wert der Im- und Exporte stieg von 795 Mio. US-Dollar (1996) auf über 850 Mio. US-Dollar (1997). Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß der Staatshaushalt noch immer zu großen Teilen mit ausländischer Hilfe finanziert wird. Für die Wahlvorbereitungen stellt dies auch das größte Abhängigkeitsproblem dar. Das Land ist auf die Zuwendungen von außen angewiesen, was letztlich einen gewissen stabilisierenden Faktor darstellen könnte, weil sich keiner der Kontrahenten zu weit aus dem Fenster hängen darf.

Wohin Kambodschas Weg nach den Wahlen führen wird, läßt sich mit abschließender Sicherheit

nicht sagen. Es bleibt zu hoffen, daß es nun endlich gelingt, ein auch nur halbwegs stabiles politisches System zu etablieren und sich der Interessenausgleich der konkurrierenden Parteien finden läßt. Die bisherigen fünf Jahre mit einem demokratischen System unter der Führung gewählter Politiker stimmen nicht sehr hoffnungsfroh. Die mangelnde Vorbereitung in der Unterrichtung der Wähler und die wirtschaftliche Situation des Landes werden ihr übriges dazu tun, daß sich probate Mittel wie Stimmenkauf noch länger einer gewissen Beliebtheit erfreuen. Zumindest die Gefahr eines neuen landesweiten Bürgerkrieges scheint aber nicht mehr zu bestehen, jedenfalls im Moment nicht. 

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Reuters, 2.6.1998. Dieser Umfrage zufolge, durchgeführt vom Französischen Institut für Statistik, Meinungsumfragen und Forschung, würden 16,3 Prozent die CPP, 14,7 Prozent die Sam Rainsy-Partei und 5,6 Prozent die FUNCINPEC wählen.

— Anzeige —

ENTWICKLUNGSETHNOLOGIE

Zeitschrift
der Arbeitsgemeinschaft
Entwicklungsethnologie e.V.



ISSN 0942-4466

Die Zeitschrift bietet ein kritisches Diskussionsforum für in der Entwicklungszusammenarbeit Tätige und WissenschaftlerInnen aus aller Welt. Im Spannungsfeld von Ethnologie und Entwicklung behandelt ENTWICKLUNGSETHNOLOGIE unter anderem folgende Themen:

- PARTIZIPATION / METHODEN
- BERICHTE AUS EZ-PROJEKTEN
- UMWELT / NACHHALTIGKEIT
- GENDER
- LOKALES WISSEN

Zum Thema »Entwicklungsethnologie: Kritische Bilanz und Perspektiven« erschien im Herbst 1997 ein Themenheft mit Grundsatztexten.

► Im Frühjahr 1998 erscheint der »Praxisführer: Lokales Wissen für nachhaltige Entwicklung«. Ein praxisorientiertes Handbuch für alle in der Entwicklungszusammenarbeit Tätigen.

AGEE e.V. · Postfach 300130 · 50771 Köln
Tel./Fax 0221-511773 · E-mail: AGEE@Koeln.Netsurf.de